

# Die Zukunft der Europäischen Union

## Souverän, sozial, solidarisch!

Bericht zur hybriden Fachkonferenz am 25. November 2021



Foto: Mark Bollhorst

Die Europäische Kommission hat Mitte dieses Jahres die Konferenz zur Zukunft Europas ins Leben gerufen. Diese soll ein Beteiligungsangebot an die europäischen Bürgerinnen und Bürger sein, das in Form einer offenen Bürgerdebatte über die zentralen Prioritäten und Herausforderungen der EU stattfindet. Auch die Gewerkschaften beteiligen sich an der Debatte um eine zukunftsfähige EU und formulieren ihre Forderungen im Sinn eines sozialen, ökologischen und demokratischen Europas. Die Defizite eines solchen Projekts liegen auf der Hand: Trotz der jüngsten Bemühungen von Kommission und Parlament ist das Ungleichgewicht zwischen liberalisierten Binnenmarkt und unterentwickelten Sozialrechten immer noch eklatant. Die EU setzt sich ambitionierte Ziele in der Klimapolitik, ohne die daraus resultierenden Strukturbrüche mit Instrumenten des sozialen Ausgleichs und industriepolitischer Steuerung zu begleiten. Und die fiskalpolitischen Instrumente der EU zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind unterentwickelt und kaum solidarisch.

Um sich an der Diskussion um die Zukunft Europas zu beteiligen und ihr eigenes gewerkschaftspolitischen Leitbild weiterzuentwickeln, organisierte die IG Metall ihr diesjähriges europapolitisches Forum gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Motto: **Die Zukunft der EU: Souverän, sozial und solidarisch!** Zentrale Fragen waren: Welche Rolle soll Europa hinsichtlich der anstehenden Transformationsherausforderungen spielen? Wo ist weitere Integration hinsichtlich der fiskal-, sozial- und klimapolitischen Herausforderungen dringend geboten und wo überfordern die notwendigen Legitimitätsanforderungen die EU? Das Forum war in drei Themenstränge unterteilt: Klimapolitik, Fiskalpolitik und Sozialpolitik. Ziel war es zu diskutieren, welche Impulse Gewerkschaften geben können, um die EU sozialer, souveräner und solidarischer zu gestalten. Aufgrund der derzeitigen Pandemielage fand die Konferenz in hybrider Form statt.

**Jochen Steinhilber** von der FES betonte in seiner einführenden Begrüßung mit Blick auf die Veröffentlichung des Koalitionsvertrages einen Tag vor der Veranstaltung, dass deutlich geworden sei, dass die Idee einer sozial-ökologischen Transformation in verschiedenen Politikbereichen wie der

Wirtschaft und der Sozialpolitik endlich Einzug gehalten habe. Dennoch sei es wichtig, dass die verschiedenen Aspekte dieser Transformation weiterhin diskutiert werden, insbesondere aus europäischer Perspektive. Er hob zwei zentrale Erfolgsfaktoren für eine gelingende Transformation hervor: Erstens müsse die Transformation europäisch eingebettet sein. Als zweiten Erfolgsfaktor nannte er die Rolle der Gewerkschaften bei der Transformation. Starke Gewerkschaften könnten unterschiedlichste Machtressourcen in den Dienst einer sozial-ökologischen Transformation stellen und so anderen organisierten Interessen entgegenwirken. Die Gewerkschaften seien die Akteure, die maßgeblich zu einer Versöhnung der sozialen und ökologischen Frage beitragen und zugleich die Transformation im Sinne eines breiten Demokratieverständnisses täglich demokratisch legitimieren können.



Foto: Screenshot

Im ersten Panel ging es dann konkret um die Frage: *Gemeinsamer Green Deal oder 27 klimapolitische Alleingänge: „Wie groß ist der Zusammenhalt in der europäischen Klimapolitik?“*. Den ersten Impuls gab **Kirsten Westphal** von der SWP. Sie führte fünf wesentliche Punkte an: 1) Der European Green Deal wird sich aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen der Mitgliedsstaaten in industriepolitische Alleingänge zerfasern. Dennoch lobte sie den Green Deal als einen Riesenschritt, bei dem Technologie und Industriepolitik berücksichtigt werden. 2) Das neue europäische Investitionspaket *NextGeneration EU* trägt wie andere Energie- und Transitionsfonds dazu bei, strukturelle Brücken in Regionen besser abzufedern. Dennoch sei es wichtig, Fragen der Finanzierung mit Blick auf aktuelle Entwicklungen wie die derzeitige Energiepreiskrise zu evaluieren. 3) Die Kohärenz einer gemeinsamen Klimapolitik. Der Green Deal habe die Ziele gesetzt, nun müsse eine gemeinsame Umsetzung der Energiewende folgen. Es sei wichtig, dass zeitliche und räumliche Heterogenitäten aufgebrochen und die unterschiedlichen Phasen der Energie- und Klimapolitik in Europa zwischen Ost, Süd, Nord nicht außer Acht gelassen würden. 4) Die Debatte um den Green Deal darf nicht dazu führen, die Energieunion zu vergessen. Sie unterstrich, dass z.B. auch Wasserstoffzentren Teil einer industriellen Transformation seien. 5) Als letzten Aspekt hob sie die strategische Handlungsfähigkeit der EU in der Energie- und Industrietransformation hervor. Es müssten Antworten auf die Frage gefunden werden, wie sich die EU sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch nach außen strategisch positionieren wolle, z. B. bei der Stromvernetzung. Abschließend mahnte sie, dass in Europa bereits ein gesellschaftlicher Konsens über die klaren Ziele bestehe, es nun aber auf die Umsetzung ankomme.



Westphal

Foto: Screenshot



Foto: Mark Bollhorst

Anknüpfend an den Vortrag von Westphal stellte der Moderator **Jürgen Zurheide** den Teilnehmenden der Paneldiskussion die Frage: Können die unterschiedlichen Kulturen und historisch gewachsenen Bedingungen innerhalb der EU in einer gemeinsamen Klimapolitik überhaupt vereinbart werden?

Die Antwort von **Matthias Buck** (Agora Energiewende) lautete: Ja! Die europäische Transformation ist aus technologischer und makroökonomischer Sicht möglich. Er bestätigte, dass es auf der europäischen Landkarte unterschiedliche Ausgangspunkte für die Transformation gibt. Alle Länder müssten aber das gleiche Ziel erreichen: null Emission bis 2050. Der Weg dorthin kann aber auf nationaler Ebene unterschiedlich gestaltet werden. Es gibt kein „Diktat aus Brüssel“, so Buck. Es sei aber auch so, dass der Weg zum



Foto: Mark Bollhorst

Ziel der Klimaneutralität immer schmaler wird. Er betonte weiter, dass der Green Deal nicht der Weg in die Armut sei, sondern ein Aufbruch in eine bessere Zukunft.

**Stephan Schindler** aus dem Büro von Cornelia Ernst, MdEP präsentierte die politische Perspektive. Er bekräftigte, dass die Klimazwischenziele der EU für 2030 unzureichend seien. Man bräuchte eine 65-



Foto: Screenshot

70 prozentige Reduktion der Emissionen bis 2030. Die Verpflichtung der EU liege allerdings nur bei 55 Prozent. Er betonte, dass die internationale Zusammenarbeit wichtig sei, insbesondere der grenzüberschreitende Austausch von Energie und Strom. 27 nationale Projekte werden nicht funktionieren. Vor allem im Bereich der Technologien bestehe ein Bedarf an Zusammenarbeit. Als Beispiel nannte er den Offshore-Sektor und die

neue Strategie für diesen Bereich. Für diesen sei es wichtig, dass eben nicht nur die Mitgliedsstaaten, die bereits sehr fortschrittliche Technologien in diesem Bereich entwickelt haben, beachtet werden, sondern auch die „neuen“ Mitgliedsstaaten mitgenommen werden müssten. Die Länder in Mittel- und Südosteuropa halten weiterhin an der Kohle fest, weil ihnen die Unternehmen fehlen, die Windräder bauen können, laut Schindler. Hier sei ein Know-how-Transfer zwischen verschiedenen Regionen in Europa notwendig.

Die gewerkschaftliche Perspektive vertrat **Wolfgang Lemb** von der IG Metall. Auch er mahnte, dass die Ziele einer europäischen Klimapolitik zwar klar seien, der Weg und die notwendigen Maßnahmen aber Hürden für das Erreichen der Ziele blieben. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung zeige Wege, aber es gebe auch noch bestimmte Leerstellen in der Umsetzung. Ein entscheidender Punkt bleibe bestehen: Investitionen. Im Koalitionsvertrag gebe es kein Preisschild, das definiert, was die Ampel zur Umsetzung der Ziele braucht. Laut IG Metall seien 10 Mrd. nötig, um die Klimaneutralität ihres Sektors zu erreichen. Als weiteren Knackpunkt für die Klimaneutralität nannte er den Wasserstoff. Der Einsatz von Wasserstoff müsse in Zukunft priorisiert werden. Zunächst sollte die Stahlindustrie beliefert werden, um die Versorgung zu sichern.



Foto: Mark Bollhorst

Als weiteren Punkt nannte er die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten. Es sei notwendig, praktikable Wege der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg aufzuzeigen.

Im weiteren Verlauf der Debatte betonte Wolfgang Lemb, dass bei der Erreichung der Klimaneutralität die Menschen nicht vergessen werden dürfen. Die Regionen müssen individuell mitgenommen werden. Es müssen Beispiele geliefert werden, die zeigen, wo es gut läuft, um diese in anderen Regionen und Gebieten zu spiegeln, damit das negative Gefühl des Klimaproblems durch ein positives Narrativ abgelöst werden kann.

Auf die Frage des Moderators, wie viel Zeit die EU noch habe, antwortete Kirsten Westphal, dass China, Japan, Korea und die USA aus geopolitischer Sicht der EU voraus seien. Der EU fehle es an Umsetzungsstärke. Der Grund dafür sei der lange Entscheidungsprozess. Auch ist sie der Meinung, dass das primäre Ziel darin besteht, die Emissionen so schnell wie möglich zu reduzieren. Um dies zu erreichen, müsse es auch Kompromisse in verschiedenen Bereichen geben.

Im zweiten Panel ging es um die Frage: *Fiskalunion oder Union von Schuldenstaaten: „Kommen wir solidarisch aus der Krise?“*. **Achim Truger** vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (umgangssprachlich die „fünf Wirtschaftsweisen“) eröffnete das Panel mit drei grundsätzlichen Fragen: Ersten: „Wo müssten wir eigentlich hin in Europa?“ Laut Achim



Foto: Mark Bollhorst

Truger ist eine Reform der Fiskalunion notwendig, die EU brauche ein zentrales Fiskalinstrument. Gleichzeitig müsse die EU demokratisiert werden, indem die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Zweitens: „Wo sind wir mit Europa?“ Seiner Meinung nach sind die letzten Jahre in der EU besser gelaufen als erwartet. Die EU und die EZB haben die richtigen Entscheidungen getroffen und die Lehren aus der Finanzkrise gezogen. Auch in der Corona Krise habe es nach anfänglichen Schwierigkeiten eine Einigung gegeben, so dass die EZB reagieren konnte.

So wurden angesichts der Krise die Fiskalregeln ausgesetzt. Wie es weitergehen muss, war der dritte Teil seines Beitrags. Die Fiskalregeln können nach der Pandemie nicht mehr streng eingehalten werden, sondern müssen reformiert werden, sagte Truger. Es müsse Zwischenziele für die Schuldenstandsquote geben. Eine restriktive Finanzpolitik würde den Aufschwung verhindern.

**Dominika Biegen** vom DGB äußerte sich wie ihr Vorredner ebenfalls optimistisch zu den europäischen Fiskalregeln. Nötig seien eine pragmatische Reform dieser Regeln und mehr Investitionen. Die Notwendigkeit von mehr Investitionen sei bereits ein gesellschaftlicher Konsens, so Biegen. Sie wertete es als positives Zeichen, dass der Koalitionsvertrag anerkennt, dass die Fiskalregeln weiterentwickelt werden müssen. Sie bewertete den Wiederaufbaufonds *NextGenerationEU* als einen großen Schritt in Richtung einer Fiskalunion. Er sei der Einstieg in eine gemeinschaftliche Verschuldung. Die Gewerkschaften hätten immer gefordert, dass es schuldenbasierte Instrumente brauche, um Zukunftsinvestitionen tätigen zu können. Der Wiederaufbaufonds würde dies endlich Wirklichkeit werden lassen. Er würde nicht nur Unterstützung für die Mitgliedsstaaten bedeuten, sondern es auch ermöglichen Strukturreformen voranzutreiben. Aufbauend auf Achim Truger, der eine Rückkehr zur „Goldenen Regel“, wie sie bis 2010 in Artikel 115 des Grundgesetzes verankert war und die eine Nettokreditaufnahme in Höhe der staatlichen Bruttoinvestitionen erlaubt, in die Diskussion einbrachte, mahnte Biegen, dass deutlich gemacht werden müsse, dass die getätigten Investitionen Zukunftsinvestitionen sind.



Foto: Mark Bollhorst



Foto: Mark Bollhorst

**Daniel Mertens** von der Universität Osnabrück argumentierte mit Blick auf eine Fiskalunion, dass sich die derzeitige Fiskalpolitik nicht nur auf die Stabilisierung konzentrieren solle, sondern auch auf die Strukturpolitik. Außerdem müsse eine Fiskalpolitik auch das Thema Umverteilung einbeziehen. Er zitierte den Koalitionsvertrag, in dem von einem „föderalen Europa“ die Rede ist. Dafür sei aber mehr Umverteilung nötig.

Das Thema Demokratisierung sprach auch **Rasmus Andresen** MdEP an. Seiner Meinung nach liegt das Hauptproblem in den machtpolitischen Strukturen der EU. Die demokratischen Strukturen müssen verbessert werden und alle Mitgliedsstaaten müssen einbezogen werden. Darüber hinaus müsse es eine transparente Kontrolle durch das Europäische Parlament geben. Er forderte, dass die Mitgliedsstaaten bereit sein sollten, dem Parlament mehr Kontrollbefugnisse zu transferieren. Dazu fänden sich auch positive Worte im Koalitionsvertrag, der eine demokratische Reform der EU vorsieht. In Bezug auf den Wiederaufbaufonds sprach er sich dafür aus, dass die im Wiederaufbaufonds vorgesehenen europäischen



Foto: Mark Bollhorst

Investitionen nicht nur einfach in die Mitgliedsstaaten gepumpt werden sollten, sondern auch zur Finanzierung gemeinsamer europäischer Projekte genutzt werden sollten.

Das Panel 3 trug den Titel: „Sozialunion oder Union von Sozialstaaten: „Soziales Europa JA – Aber welches?“. Den Impuls dazu gab **Susanne K. Schmidt** von der Universität Bremen. Als Erfolg hob sie die Entsenderichtlinie hervor, welche die Entsendung von Arbeitnehmer\_innen und die Erbringung von Dienstleistungen regelt. Dennoch bestehe aufgrund von Lohnunterschieden, der Sprachvielfalt und Kontrolldefiziten weiterhin die Gefahr von Social Dumping innerhalb der EU. Sie forderte daher einen neuen Ansatz, der soziale Absicherung auf allen Ebenen garantiert. Außerdem kritisierte sie den Binnenmarkt als bereits übervollendet. Die Liberalisierung untergrabe die Sozialpolitik. Das Fazit ihres Plädoyers für ein „Soziales Europa“ beinhaltete drei Punkte. Erstens, die Sozialunion scheitere an der Heterogenität der Mitgliedsstaaten; zweitens: Die Gründe für ein soziales Europa lägen in der Vermeidung von Social Dumping und negativen Externalitäten und drittens müsse man im europäischen Mehrebenensystem modular denken. Dazu gehöre, die Möglichkeiten der nationalen Sozialpolitik zu erhalten, den Binnenmarkt zu begrenzen und echte Diskriminierungen zu vermeiden, statt durch einheitliche Regeln neue zu schaffen. Außerdem stellte sie fest, dass es keinen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik geben werde. Es gäbe zwar Fortschritte wie die Entsenderichtlinie und die Mindestlohnrichtlinie, aber diese seien nur marginal, wenn man sehe, wie stark der nationale Markt wirkt.



Foto: Mark Bollhorst

Ähnlich äußerte sich **Daniel Seikel** vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Die neuen Richtlinien seien zwar eine punktuelle Reparatur des Binnenmarkts, aber man könne nicht von einem Paradigmenwechsel sprechen.

**Gabriele Bischoff** MdEP argumentierte, dass europäische Regelungen in der Sozialpolitik in bestimmten Bereichen richtig seien (z.B. die Arbeitszeitrichtlinie), weil sie bedeuten, dass sich



Foto: Screenshot

Unternehmen nicht mit 27 nationalen Regelungen beschäftigen müssten. Sie übte allerdings auch Kritik. Einerseits wolle jeder die Vorzüge der europäischen Freizügigkeit und des Arbeitsmarkts nutzen, um mehr Arbeitnehmer\_innen zu haben, andererseits wolle niemand deren sozialen Rechte einhalten. Für die Zukunft wünscht sie sich eine Rahmenrichtlinie zu Mindesteinkommen, um eine Grundsicherung innerhalb der EU zu garantieren. Es könne nicht sein, dass wir weiterhin mit dem Problem der Armutsmigration auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu kämpfen haben, beklagte Bischoff. Die Ursachen dafür können

nur durch europäische Standards wie eine Grundsicherung bekämpft werden. Im Vergleich zu Susanne K. Schmidt fand sie positivere Worte für den Binnenmarkt. Er habe zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU geführt. Als Beispiel nannte sie die deutliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ländern wie Portugal oder Irland im Vergleich zu den Bedingungen vor dem Beitritt. Allerdings hätte dieser Aufholprozess bei der letzten Erweiterungswelle der EU nicht mehr so gut funktioniert. Eine Ursache dafür sei die Spaltung der Mitgliedsstaaten im Rat, die es immer schwieriger mache, gemeinsame Standards zu setzen, auch in der Sozialpolitik, so Bischoff.

Auch **Thorben Albrecht** von der IG Metall hält es für falsch, den Binnenmarkt abzubauen, um eine bessere Soziale Sicherung zu gewährleisten. Dies würde dazu führen, dass positive Erfolge und Effekte wie die Regulierung von Großkonzernen



Foto: Screenshot

verloren gehen. Ohne den Binnenmarkt sei Europa bedeutungslos. Der Binnenmarkt sei notwendig und die soziale Integration müsse ein zentraler Bestandteil davon werden.

Die Diskussion in diesem Panel konzentrierte sich dann auf das Thema der EU-Erweiterung im Westbalkan und die Entwicklung einer Sozialunion am Beispiel Albaniens, wo das soziale Niveau noch niedriger ist. Brauchen wir soziale Zugangskriterien? Je mehr Vetokräfte in der EU, desto schwieriger die Entscheidungsfindung in der EU, so Daniel Seikel. Deshalb müsse alles getan werden, um sicherzustellen, dass künftige Beitrittsländer soziale Kriterien einhalten müssen. Thorben Albrecht vertrat eine ähnliche Meinung. Die sozialen Ungleichheiten müssten ausgeglichen werden. Es bestehe aber ein Risiko, ob die Beitrittsländer solche Standards überhaupt einhalten könnten.

**Wolfgang Lemb** warf in seinem Abschlussstatement einen Blick in die Zukunft der EU. Für die möglichen Pfade einer Weiterentwicklung der EU gibt es seiner Meinung nach zwei Pole: Abschottung der



Foto: Mark Bollhorst

Mitgliedsstaaten vs. weitere Integration und Vertiefung der EU. Auf letzteres ging er ausführlicher ein. Die EU solle im Sinne der Gewerkschaften gestaltet werden. Er plädierte für eine starke und soziale EU, um Herausforderungen in der Welt begegnen zu können. Eines der Probleme der EU habe sich in der Corona-Pandemie gezeigt: ihre schwerfällige Problemlösungskapazität. Die EU sei auf die Probe gestellt worden und habe nicht in jeder Phase der Pandemie glänzen können. Jetzt, mit dem Wiederaufbaufonds, zeichne sich wieder eine positivere und partizipativere Entwicklung ab. Als weitere Herausforderungen nannte Lemb das Verhältnis zwischen der EU und Polen, die Ereignisse an den EU-Außengrenzen und das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik. Panel 1 habe außerdem gezeigt, wie schwierig es sei, sich in der EU auf gemeinsame Mittel und Wege zur Erreichung der Treibhausneutralität zu einigen. Er betonte, dass die EU ohne Investitionen und sozialen Schutz ihre Legitimität nicht aufrechterhalten könne und die soziale Dimension in Europa das zentrale Thema bleibe. Er äußerte sich hoffnungsvoll über die künftigen Entwicklungen in diesem Bereich.

Abschließend ging Lemb auf den Koalitionsvertrag ein und wies auf verschiedene Schnittmengen mit europäischen Themen hin. Er lobte den Vorstoß der Ampel zur Erhöhung des Mindestlohns und die Unterstützung Deutschlands für die europäische Mindestlohninitiative, sowie die Ausweitung der Tarifautonomie und die Stärkung der Tarifpartner in Europa.

**Panel1**



Foto: Mark Bollhorst

**Panel2**



Foto: Mark Bollhorst

**Panel3**



Foto: Screenshot